

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

## Gefahren der Frauenarbeit während des Krieges.

Wir haben vor einiger Zeit dargelegt, daß mit der zunehmenden Beschäftigung weiblicher Arbeiter in der Industrie die Gefahr des Lohnendrucks verbunden ist und dies an einigen konkreten Beispielen bewiesen. Heute möchten wir uns mit einer anderen Schattenseite der vermehrten Frauenarbeit in der Industrie beschäftigen, nämlich mit den während des Krieges erhöhten gesundheitlichen und sittlichen Gefahren.

### Gesundheitliche Gefahren

birgt die Frauenarbeit zunächst durch die ungenügende Entlohnung der Arbeiterinnen und speziell der Arbeiterfrauen in sich. Dieselbe führt zur Unterernährung, zumal den Kriegerfrauen bei gewerblicher Betätigung die Unterstützung in der Regel gekürzt, oder ganz entzogen wird. Auch die bei letzteren durch die Erwerbsarbeit bedingte oberflächliche und ungenügende Zubereitung der Mahlzeiten führt zu gesundheitlichen Schäden für Frauen und Kinder.

Dazu kommt, daß die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen vielfach schwere und ungewohnte, oder ungesunde Arbeit zu verrichten haben. Das ist vor allem der Fall in der Schwereisenindustrie. Die Arbeiten die man hier den Frauen übertragen hat, würde man ihnen in normalen Zeiten nie zugemutet haben. Auch in anderen Zweigen der Metallindustrie werden Arbeiterinnen mit verhältnismäßig schweren Arbeiten betraut. Das gleiche trifft für die Beschäftigung weiblicher Arbeiter in anderen Berufen zu.

Großen gesundheitlichen Gefahren sind auch jene Arbeiterinnen ausgesetzt, die in der Geschloßfabrikation mit dem Füllen von Sprengkörpern beschäftigt sind, eine zwar körperlich nicht schwere, aber durch das Einatmen des Trie- und Britinstaubes sehr gesundheitschädliche Arbeit, besonders wenn man bedenkt, daß ununterbrochen, mit Tag- und Nachtschicht, gearbeitet wird. Mit ungesunden Arbeiten werden auch in der chemischen Industrie Arbeiterinnen betraut. Die Beschäftigung in Kokerien, in Betrieben der Weißblechzinnung, der Schwefel- und Salzsäure-, der Farb- und Gerbstofffabrikation ist zweifellos mit nicht zu unterschätzenden Gefahren verknüpft.

Alle die vorerwähnten Arbeiten wurden bisher ausschließlich von männlichen Arbeitskräften ausgeführt; das ist an sich schon ein Zeichen, daß sie dem weiblichen Organismus nicht zuträglich sind. Da die Arbeiterinnen meistens ohne Rücksicht auf ihre körperliche Beschaffenheit und ohne vorhergehende ärztliche Untersuchung mit diesen schweren und gesundheitschädlichen Arbeiten betraut werden, läßt sich leicht denken, daß manche dieser Arbeiterinnen an ihrer Gesundheit dauernd Schaden leiden.

Bestenfalls ist unvornehmlich der Fall, als in manchen Betrieben auch die Arbeitszeit weit über das sonst übliche und gesetzlich festgelegte Höchstmaß hinausgeht. Die Arbeiterinnen werden nicht nur mit Ueberstunden beschäftigt, sondern auch zu Nacht- und Sonntagsarbeiten herangezogen. So leisten sie z. B. Ueberstunden und Sonntagsarbeiten in manchen Betrieben der Schwereisenindustrie. Auch aus der Düsseldorfer Metallindustrie wird berichtet, daß die tägliche Arbeitszeit für Arbeiterinnen allgemein 11 Stunden beträgt und die Arbeiterinnen in manchen Branchen auch zur Nacharbeit herangezogen werden. In der Kölner Metallindustrie wird die 9 1/2 stündige Arbeitszeit ebenfalls durch die vielen Ueberstunden überschritten, auch Nacharbeit verrichtet. Selbst eine Kgl. Geschloßfabrik — also ein staatliches Unternehmen — beschäftigt die Arbeiterinnen sowohl in der Tag- als auch in der Nachtschicht volle 11 Stunden. Während in der ersteren die Zwischenpausen 1 1/2 Stunden betragen, sind in der Nachtschicht nur zwei Pausen von je 1/4 Stunde vorgesehen. Auch ein im Bergischen gelegener Betrieb zur Herstellung von Gummischläuchen hat für die Arbeiterinnen Nachtschicht vorgesehen.

Neben der Art der Arbeit und der Dauer der Arbeitszeit ist ferner das Akkordsystem geeignet, gesundheitliche Schäden zu zeitigen. Wie bereits erwähnt, sind die Akkordsätze für die weiblichen Arbeiter in der Regel wesentlich geringer wie jene für die männlichen. Die herrschende Teuerung zwingt aber auch die Arbeiterin, speziell die Arbeiterfrau, einen möglichst hohen Verdienst anzustreben. Um einen solchen zu erzielen ist die Anspannung aller Kräfte nötig. Da es der Arbeiterin zumeist am nötigen Weitblick fehlt, um die Folgen einer derartigen dauernden Ueberanstrengung der Kräfte zu überblicken, wird sie unbewußt veranlaßt, mit ihrer Arbeitskraft Raubbau zu treiben. Die nachteiligen Wirkungen einer solchen Arbeitsweise werden naturgemäß nicht ausbleiben.

Ungeachtet der zunehmenden Frauenarbeit und deren Eindringen in neue Berufe wird weiter mit einer Erhöhung der Unfallgefahr zu rechnen sein. Die Arbeiterin wird möglichst rasch ausgelernit; sie ist mit ihrem Berufe nicht verwachsen und in ihm voraussichtlich nur vorübergehend tätig. In manchen Fällen hat sie nur der Not gehorchend zur Erwerbsarbeit gegriffen. Ihr Interesse an der Arbeit ist darum gering. Die ganze Aufmerksamkeit ist lediglich aufs Geldverdienen gerichtet. Vielleicht ist sie in die Unfallgefahren überhaupt nicht oder nicht in genügendem Maße eingeweiht worden. Das alles muß selbstverständlich dazu beitragen, die Zahl der Unfälle zu erhöhen.

Zu all dem Erwähnten kommt dann bei den erwerbstätigen Kriegerfrauen noch die Sorge um den im Felde stehenden Mann und um die fremder Obhut anvertrauten Kinder.

### Sittliche Gefahren der Frauenarbeit

liegen zunächst in der ungenügenden Entlohnung vieler Arbeiterinnen. Schlechte Löhne sind von jeher manchen Frauen zu einer sittlichen Gefahr geworden. Auch der neue Beruf an sich kann sittliche Gefahren in sich bergen. Die Schutzgesetze werden weniger berücksichtigt, es findet in erhöhtem Maße ein Zusammenarbeiten beider Geschlechter statt. Es sei z. B. weiter an die Tätigkeit der Schaffnerinnen erinnert, die ja bis in die Nacht hinein beruflich tätig und allerhand Versuchungen und Gefahren ausgesetzt sind. Ueberhaupt bietet die mit dem Erwerb verbundene Freiheit und Ungebundenheit mancher bisher hauswirtschaftlich tätigen Frau Gelegenheit genug, auf abschüssige Bahnen zu geraten.

Die gewerbliche Betätigung führt bei längerer Dauer ferner auch zu einer Lockerung der Familienbande und zu einer Entfremdung von der hauswirtschaftlichen Tätigkeit. Dinge, die ebenfalls im Interesse des Familienlebens sehr zu beklagen sind.

Dazu kommen die sittlichen Gefahren, denen die Kinder der gewerblich tätigen Kriegerfrauen ausgesetzt sind. Diese Gefahren sind um so größer, als die gelegentlich energigehaltig zugreifende Hand des Vaters fehlt. Nicht umsonst wird immer mehr über eine zunehmende Verwahrlosung der Jugend, über ein Steigen der Anträge auf Fürsorgeerziehung und über eine Zunahme der Verurteilungen jugendlicher Personen geklagt.

Sittliche Gefahren lauern besonders auf jene meist unverheirateten Arbeiterinnen, die gezwungen sind, auswärts Arbeit anzunehmen. Die Zahl dieser Arbeiterinnen beläuft sich heute auf viele Tausende. Sie alle werden der Heimat und dem Elternhause entrissen. Sie müssen in ihrem neuen Beschäftigungsort entweder in Kosthäusern Unterkunft suchen, oder werden von den Unternehmern in provisorisch errichteten Unterkunftsräumen untergebracht. In beiden Fällen sind die der elterlichen Zucht entzogenen Arbeiterinnen schweren religiösen und sittlichen Gefahren ausgesetzt.

Schließlich darf wohl noch erwähnt werden, daß sowohl die genannten gesundheitlichen, als auch die sittlichen Schäden eine nationale Gefahr bedeuten. Die Frau ist die Trägerin des kommenden Geschlechtes. Ist sie körperlich und geistig geschädigt, dann werden sich diese Schäden naturgemäß

auch auf die kommende Generation übertragen. Das ist von um so größerer Tragweite, als der Krieg uns ohnehin schon schwere Verluste an Menschenleben bringt. Die Arbeiterin ist weiter berufen, die Erziehung der Kinder zu tüchtigen und sittlich hochstehenden Charakteren vorzunehmen. Dazu ist sie nur fähig, wenn sie selbst sittlich einwandfrei gelebt hat. Es ist darum auch vom nationalen Standpunkt aus notwendig, daß all den der Arbeiterin gegenwärtig drohenden Gefahren große Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Selbstverständlich verkennen wir nicht, daß die Heeresbedürfnisse unter allen Umständen befriedigt werden müssen und daß aus den Gründen über manches hinweggesehen ist. Es wäre aber doch verfehlt, wollte man sich auf die Dauer all den Gefahren gegenüber verschließen, die Art und Umfang der Beschäftigung in der Kriegsindustrie für die Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterinnen erzeugt haben, zumal manche dieser Gefahren zweifellos heftigt oder doch gemildert werden können, ohne daß die Heeresversorgung beeinträchtigt zu werden braucht.

## Die Bedeutung der russisch-polnischen Textilindustrie.

Darüber brachte das „Berliner Tageblatt“ eine interessante Abhandlung von Dr. Fr. Bielschowsky. Bei der gegenwärtig so außerordentlich günstigen Kriegslage im Osten, werden dessen Ausführungen aus naheliegenden Gründen auch für unsere Mitglieder von größtem Interesse sein, weswegen wir sie nachstehend wiedergeben.

Die reine Textilindustrie stellt heute schätzungsweise die Hälfte der Produktion aller Industrien in Rußisch-Polen dar und beschäftigt die Hälfte aller Industriearbeiter dieses Gebietes. Sie liefert etwa ein Viertel der Textilproduktion des ganzen russischen Reiches. Schon hieraus wird erklärlich, daß die Textilindustrie der von Deutschland und Oesterreich besetzten Landesteile in den Vordergrund wirtschaftlich-politischer Betrachtung tritt.

Die Gesamtproduktion der Textilindustrie Rußisch-Polens beläuft sich auf rund 120 Millionen Kilogramm, wovon etwa drei Fünftel auf Baumwollwaren und zwei Fünftel auf Wollwaren entfallen. Die Wahl der hergestellten Artikel erklärt sich aus dem schutz- und finanzzöllnerischen Zolltarif Rußlands. Es werden hauptsächlich schwere Stoffe und Massenartikel hergestellt, deren Einfuhr sich nicht lohnt, wie weiße und bunte Barwente, Weißwaren, Futtermittel in Baumwolle, Herren- und Damenkleiderstoffe der verschiedensten Art in Wolle. Von geringerer Bedeutung ist die Herstellung von Wirkwaren, Spitzenstoffen und Stickerien, die den Hauptbestandteil des deutschen Außenhandels in Textilwaren bilden.

Geographisch verteilt sich die polnische Textilindustrie in der Hauptsache auf drei Bezirke: den Warschauer, den Sosnowice-Czenstochauer und den Lodzer Bezirk. Der Warschauer ist von untergeordneter Bedeutung; doch ragt hier die Frydovover Leinwandfabrik mit einer Arbeiterzahl von mehr als 10000 Arbeitern hervor. Die beiden anderen Bezirke bilden zusammen den Industrieyon des Petrikauer Gouvernements, der unter den acht in der amtlichen russischen Statistik aufgeführten textilindustriellen Gouvernements Rußlands in der Baumwollindustrie hinsichtlich der Zahl der Spindeln und Webstühle die dritte, hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Arbeiter die vierte Stelle einnimmt. Der Sosnowice-Czenstochauer Bezirk, der sich ganz besonders stark infolge der russischen Hochschutzzollpolitik seit 1877 entwickelt hat, zeichnet sich durch seine günstige Lage unmittelbar an der deutschen und österreichischen Grenze, im Kohlen- und Eisenerzgebiet und an der Hauptverkehrsader des Landes, der Warschauer-Wiener Eisenbahn aus. Seine Bedeutung beruht hauptsächlich auf der Kammgarnspinnerei, die teilweise französischer Herkunft ist. Der Bezirk umfaßt mit etwa 220000 Kammgarnspindeln ungefähr zwei Drittel aller Kammgarnspindeln Rußisch-Polens. Die Baumwollspinnerei ist mit etwa 200000 Spindeln und 6000 Webstühlen vertreten.

Eine weitaus überragende Stellung nimmt der Lodzer Rayon ein, der die Stadt Lodz, ihre Nachbarstädte Bgierz und Pabianice, weiterhin Tomaszow und eine

Anzahl kleinerer Ortschaften umfasst. Als Beweis für sein Übergewicht mögen einige Zahlen gelten. Es entfielen 1910 von den rund 8 Millionen Baumwollspindeln Russlands etwa 1,2 Millionen auf das Petrikauer Gouvernement, wovon 0,9 Millionen auf die Stadt Lodz kamen. Das ergibt etwa 75% aller Baumwollspindeln des Gouvernements Petrikau und 11% des ganzen russischen Reiches.

Ein ähnliches Verhältnis besteht auch für Webstühle, jedoch lassen sich genaue Zahlen nicht angeben, da außer den durch Dampfkraft getriebenen viele Handwebstühle tätig sind, die das Zahlenverhältnis verchieben. Nach Berechnungen war Lodz im Jahre 1909 der drittgrößte Baumwollspinnereiplatz des europäischen Kontinents. An erster Stelle stand Petersburg mit 1647700, an zweiter Gent mit 1129483, an dritter Lodz mit 956522, an vierter die westfälische Stadt Gronau mit 640500 und an fünfter Stelle Mülhausen i. E. L. mit 560466 Spindeln. Dem angegebenen Verhältnis der arbeitenden Spindeln entspricht auch der Verbrauch an Rohmaterial. Während Lodz im Jahre 1911 eine Einfuhr von 46 Millionen Kilogramm Baumwolle nachweist, die bis 1913 auf etwa 50 Millionen Kilogramm gestiegen sein dürfte, betrug der Verbrauch Deutschlands an roher Baumwolle und Baumwollabfällen 486 Millionen Kilogramm.

Ein besonders charakteristisches Moment bildet die überaus starke Konzentration der polnischen Textilindustrie nicht nur in lokaler, sondern auch in technischer Beziehung. Sie ist eine technische im doppelten Sinne: erstens ist der kombinierte Großbetrieb vorherrschend, d. h. es vereinigen sich in einem Betrieb die verschiedensten Produktionsstadien, Spinnerei, Weberei, Färberei und Druckerei; weiterhin ist die auf den einzelnen Betrieb entfallende durchschnittliche Spindel- und Webstuhlzahl verhältnismäßig hoch.

Die Vielgestaltigkeit und Größe der Lodzer Betriebe datiert erst seit dem endgültigen Übergang Russlands zum Hochschutzzollsystem, der ihm 1877 ein ungeheures Abjaggebiet im europäischen und asiatischen Russland eröffnete. Damit war für die Industrie der Ansporn zur schnellen Entfaltung gegeben. Nischenbetriebe schossen wie Pilze aus der Erde.

Der gute Absatz, den die Lodzer Waren fanden, ermöglichte der Industrie einen schnellen Aufschwung. Die Zahl der Baumwollspindeln in Polen stieg von 1870 bis 1900 von 289450 auf 1043905, d. h. in 30 Jahren um rund 400%. Der Absatz setzte die Industrie in den Stand, die großen Schwierigkeiten zu überwinden, die ein untergeordnetes Rechtswejen, mangelhafte Verwaltungsorganisation, schlechte Verkehrswege und Handelsmischbrüche ihrer Entwicklung entgegenstellten. Allmählich kam die Produktion dem Bedarf des Landes nach und überflügelte ihn sogar im Verein mit dem zweiten großen russischen Industriezentrum, Moskau. Mit diesem hatte sich die russische Textilindustrie zu befehen, bei denen es als „fremde“ Industrie offene und versteckte Repressalien der russischen Regierung ertragen mußte. Ungeachtet dieser sich in scharfer Form abspielenden Zurücksetzung und der ungünstigen Absatzbedingungen, wie lange Ziele, Willkür der Rundschaft bei der Abnahme der Waren, häufige Bankrotte, überhaupt ungeachtet aller Schäden, die ein wirtschaftlich rückständiges Land dem Absatz entgegensetzte, stieg die Produktion und Ausfuhr von Webwaren in Lodz von 1901 bis 1911 von 4,2 auf 5,6 Mill. Pud, d. h. von 68300 auf 81800 Tonnen. In Polen selbst verbleibt hier von etwa ein Zehntel, während neun Zehntel nach dem Innern Russlands gehen.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, welches Schicksal eine derart mit den Bedürfnissen des Landes verwachsene Industrie erfahren würde, wenn die kriegerischen Ereignisse zu einer politischen Eingliederung des Erzeugungsgebietes in einen anderen Großstaat, insbesondere Deutschland, führen sollten. Auf der einen Seite stehen das höhere Kulturniveau, sicherere Vertrags- und Rechtsverhältnisse, billigerer Kredit, Zollfreiheit des Hauptrohstoffes und bessere Arbeitskräfte, Faktoren, die dem Betriebe wesentliche Erleichterungen schaffen würden. Auf der Passivseite dagegen steht der Verlust eines Abjaggebietes von 170 Millionen Konjumenten, an dessen Stelle bei günstigster Neugestaltung der Verhältnisse in Deutschland ein gleichwertiges kaum treten dürfte. Die Lösung der vom alten Abjagmarkt würde zweifellos große Schwierigkeiten bereiten. Die Außenstände würden zum großen Teile verloren gehen, da nach einem tief eingewurzelten Handelsgebrauch der Kunde in Russland nur gegen Lieferung neuer Ware auf Kredit die alte Schuld zu begleichen pflegt. Die technische und wirtschaftliche Anpassung an ein neues Abjaggebiet mit anderen Bedürfnissen wäre nicht leicht zu bewerkstelligen. Summieren kann angenommen werden, daß die hochentwickelte Technik der meist modern eingerichteten Betriebe und die kaufmännischen Fähigkeiten der Unternehmer diesen Schwierigkeiten gewachsen seien und sie allmählich überwinden würden. Freilich ist damit zu rechnen, daß ein Teil der Betriebe auf russisches Gebiet verlegt werden dürfte.

Eine sehr scharfe Rückwirkung würde die Aufnahme des russisch-polnischen Industrieertrags auf die deutsche Textilindustrie in jedem Falle ausüben, da diese ohnehin nicht auf Rosen gebettet ist und meistens unter dem Druck inländischer Überproduktion steht. Die

Konkurrenz mit einer plötzlich in solcher Stärke neu hinzutretenden Produktion könnte geradezu verheerend auf den inländischen Markt wirken und sich auch in der Ausfuhr als drückender Faktor geltend machen. Die Schonung sowohl der bisherigen inländischen, wie des neu hinzutretenden Marktes erfordert dringend, daß ein unvermittelter plötzlicher Übergang in neue Verhältnisse vermieden und der Textilmarkt vor Erschütterungen bewahrt werde. Ein Weg hierfür würde sich durch Erhaltung der neu erworbenen Landesteile als interimistisches Zollgebiet für eine längere Reihe von Jahren bieten. Der politisch neu hinzutretende Landesteil müßte den russischen Zollvorschriften unterworfen bleiben, gegen die Verpflichtung Russlands, die in dem betreffenden Landesteile hergestellten Waren ohne Erhebung weiterer Abgaben in Russland zuzulassen. Der Zoll für Rohwaren wäre von Deutschland beim Eingange für Rechnung Russlands zu erheben. Für den Fall, daß in Russland neue Zölle auf Rohstoffe oder Farbstoffe, die zur Herstellung der betreffenden Produktion dienen, gelegt oder die alten erhöht werden sollten, steigt auch zum Ausgleich mit der russischen Erzeugung der von Deutschland für russische Rechnung zu erhebende Zoll. Die hergestellten Waren oder Halbfabrikate müßten beim Eingange nach Deutschland dem deutschen Zolltarif wie bisher unterliegen. Zwecks Ueberwachung der richtigen Anwendung der Vorschriften würden Ehrenkonsulate der Handelsvertretungen beider Länder zu bilden sein. Ein einigermaßen passendes Vorbild ist in der Zusatzvereinbarung vom 12. Oktober 1871, welche die elsaß-lothringischen Verhältnisse regelte, zu finden. Nur würde die dort festgesetzte Uebergangsfrist für die hier in Betracht kommenden Verhältnisse viel zu kurz sein und auch eine gleitende Zollkala nicht angebracht erscheinen.

In einer auf etwa zehn Jahre zu normierenden Uebergangszeit würden die beiderseitigen Industrien wohl die Möglichkeit erblicken, ihre inneren Verhältnisse zu festigen und sich auf die künftige Gestaltung vorzubereiten. Es kann angenommen werden, daß in der gedachten Zeit neue Betriebe im Hinblick auf die später hinzutretende Konkurrenz nicht entstehen dürften, der Bedarf aber soweit gestiegen sein würde, daß die Eingliederung in Deutschland ertragen werden könnte. Die russisch-polnische Industrie ihrerseits würde Zeit haben, die Außenstände einzuziehen, die Fabrikation allmählich abzubauen und sich für den Verbrauch eines neuen Abjaggebietes einzurichten. Nur so besteht begründete Hoffnung, daß die russisch-polnische Textilindustrie sich gehend und nehmend als wichtiger und nutzbringender Wirtschaftsfaktor einem neuen Staatsorganismus einfügen werde.

## Allgemeine Rundschau.

### Das Jahrbuch 1916.

Die Herausgabe des Jahrbuches für 1916 steht in den nächsten Wochen bevor. Auch dieses Jahrbuch ist, genau wie das vorjährige, der ganzen Lage unseres Vaterlandes und dann ferner den augenblicklichen Bedürfnissen der christlichen Arbeiterbewegung und der deutschen Arbeiterschaft angepaßt. Es enthält u. a. folgende Artikel:

Vom alten zum neuen Deutschland; Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1914; Auf Posten; Wir und unser Vaterland; Fürsorge für Kriegsbeschädigte; Die Arbeiterschaft und die auswärtige Politik; Anregungen aus der Kriegsjournalistik für die Zukunft; Kriegsarbeit der christlichen Gewerkschaften. Außerdem ist eine Reihe wissenschaftlicher Einzelheiten aus dem Weltkriege eingefügt. Dazu dann, wie alljährlich, das Kalendarium, nebst den sonstigen Einrichtungen, die das Jahrbuch zu einem immer willkommenen Taschenbuch machen. Wir können schon jetzt überzeugt sein, daß das Jahrbuch bei unsren Kämpfern im Felde draußen, wie auch bei den Vorkämpfern unserer Arbeiterbewegung im Lande keinen geringeren Beifall finden wird, wie das Jahrbuch 1915, das so sehr begehrt wurde, daß trotz zweimaligen Nachdrucks nicht alle Besteller befriedigt werden konnten. Das neue Jahrbuch ist ebenfalls wieder außerordentlich geeignet zu Geschenkzwecken in der Weihnachtszeit. Es bildet ein vorzügliches Mittel, die Krieger aufs neue mit Interesse für die Bewegung zu erfüllen.

Wir möchten daher unsere Preisgruppen bitten, schon jetzt in eine rege Verarbeitung für das Jahrbuch eintreten zu wollen. Trotzdem die Papier- und Druckpreise wesentlich erhöht worden sind, hat das Generalsekretariat es möglich zu machen gesucht, den Preis auf 50 Pfg., wie auch früher, zu halten, natürlich ausschließlich Porto. Bestellungen nimmt jetzt schon die Geschäftsstelle unseres Verbandes gerne entgegen.

### Ein Fehlschlag?

Wir haben in der vorigen Nummer bereits die von der Regierung getroffenen Maßnahmen in der Frage der Kartoffelversorgung als unzureichend bezeichnet. In maßgebenden Kreisen teilt man diese Ansicht. So hat der Vorstand des deutschen Städtetages zwar die finanzielle Beteiligung an der Reichskartoffelstelle beschlossen, es aber abgelehnt, irgendwelche Verantwortung zu übernehmen, weil die der Reichskartoffelstelle zugewiesenen Befugnisse für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung unzulänglich sind.

Der Grundfehler in den getroffenen Maßnahmen liegt darin, daß man die Beschlagnahme auf solche landwirtschaftlichen Betriebe beschränkte, die mindestens 10 Hektar mit Kartoffeln besaßen und daß von der Bes-

chlagnahme nur 10 Prozent des Kartoffelbestandes dieser Betriebe betroffen werden sollten. Dadurch werden landwirtschaftliche Betriebe mit unter 10 Hektar Kartoffelanbaufläche überhaupt nicht und die andern nur in geringem Maße betroffen. Zudem stellt sich jetzt heraus, daß die von der Beschlagnahme bedrohten 10 Prozent Kartoffeln höchstens 2 bis 3 Millionen Tonnen ausmachen und nicht 5 Millionen, wie man erwartete. Der Bedarf für Ernährungszwecke aber wird auf 15 Millionen Tonnen geschätzt, woraus ohne weiteres die Unzulänglichkeit der Regierungsmassnahmen zu ersehen ist.

Diese Unzulänglichkeit hat sich denn auch bereits erwiesen. Die Reichskartoffelstelle vermag selbst Kartoffeln zu den von ihr festgesetzten Preisen im freien Verkehr nicht zu erhalten. Die Landwirte geben sie einfach nicht ab. Mehllich geht's den Städten. So berichtet die Stadtverwaltung von Düsseldorf:

„Es steht fest, daß zu diesem (von der Reichskartoffelstelle festgesetzten) Preise zum Einkellern geeignete Ware tatsächlich nicht zu haben ist, da der Produzent zur Abgabe seiner Kartoffelbestände noch gar nicht verpflichtet ist und infolgedessen diese stellenweise anscheinend zurückhält.“

Die gleichen Nachrichten kommen aus Sachsen und Baden, sowie aus den Städten Marburg, Mainz, Frankfurt u. a. m. Mittlerweile steuern die Kartoffelpreise allmählich wieder der vorjährigen Höhe zu. Hoffentlich entschließt sich die Regierung endlich zu einem energischen Schritt, der auch Erfolg verspricht. Um das zu erreichen, hat der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nachstehendes Telegramm an den Reichskanzler gesandt:

Von der Bundesratsverordnung vom 9. Oktober über die Kartoffelversorgung sind im Westen Deutschlands noch keinerlei Wirkungen zu verspüren. Anstatt der erhofften Preisverminderung werden aus zahlreichen Orten Preissteigerungen gemeldet. Wir bitten dringend um Beschleunigung der Kartoffelzufuhr nach dem Westen. Weiter erweist sich eine Ergänzung der Bundesratsverordnung dahingehend als notwendig, daß auch mittlere landwirtschaftliche Betriebe, die über den Selbstverbrauch hinaus produzieren, gezwungen werden können, ihre Kartoffeln zu dem festgesetzten Höchstpreis abzugeben. Nur dann sind hier ausreichende Mengen Qualitätskartoffeln erhältlich. Ferner bitten wir um durchgreifende und möglichst schnelle Maßnahmen in der Fettfrage.

Weiter wurde vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine Eingabe an das Große Hauptquartier geschickt, worin gebeten wird, es möge neben der staatlichen Zivilverwaltung die Militärverwaltung gegen den Kriegswucher im Lande nach einheitlichen Richtlinien in den verschiedenen Kräftebezirken mit aller Schärfe einschreiten. Die militärischen Kommandostellen könnten rascher und erfolgreicher gegen die starken Einflüsse politischer und sonstiger Interessengruppen, die den Krieg als Konjunktur betrachten, eingreifen, als viele Stellen der Zivilverwaltung.

### Unser wichtiges Nahrungsmittel Butter und Milch.

Die sehr starke Steigerung der Preise für unsere notwendigen Nahrungsmittel gibt dauernd zu den lebhaftesten Klagen in der Bevölkerung Anlaß. Aber es wird wohl kaum eine Preissteigerung so unangenehm empfunden, als die für Butter und Milch. Für Milch ist in den letzten Wochen in den Großstädten der Preis pro Liter auf 30 bis 35 Pfennig erhöht, und Butter erreicht bereits den Preis von 3 Mark pro Pfund. Der Kriegsausbruch für Konjumenteninteressen hat in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern die Abstellung dieser unerträglichen Zustände gefordert. Er verlangt die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch, die aber in enger Verbindung stehen muß mit einer Preisbegrenzung für Butter und Käse. Ohne die Festsetzung von Höchstpreisen für Butter und Käse würde bei der Landwirtschaft nur der Anreiz entstehen, größere Mengen von Milch für die Butter und Käsebereitung zur Verfügung zu stellen und damit das für den Konsum zur Verfügung stehende Quantum Milch verringert werden. Es wird ferner verlangt, daß die Herstellung von Käse aus Vollmilch verboten wird. Befürwortet dagegen wird die Herstellung von Käse aus Magermilch. Dabei würde der Eiweißgehalt der Magermilch der menschlichen Nahrung zugeführt, während leider gegenwärtig der größte Teil der Magermilch zur Viehfütterung benutzt wird. Bei dieser Verwendung der Magermilch geht nur 1/4 des Eiweißgehaltes in die Fleischproduktion über. Bei dem Mangel an eiweißhaltiger Nahrung ist es dringend notwendig, daß die Nahrungsmittel mit größerem Eiweißgehalt vollkommen der menschlichen Nahrung zur Verfügung gestellt werden.

Was die praktische Durchführung des Vorschlages anbetrifft, so beruft sich die Eingabe auf die Verordnung des Generalkommandos in Bayern, die von der Bevölkerung recht zustimmend aufgenommen wurde. Aber auch bei dieser Verordnung zeigt sich bereits, daß ohne eine Regelung für das ganze Reich die Durchführung Mängel aufweist. Vor allem klagen die Bezirke, die früher Milch und Produkte der Volkerei aus Bayern bezogen haben, daß ihnen durch die Beschränkung der Ausfuhr aus Bayern große Schwierigkeiten in der Versorgung entstanden sind, die vom Handel zu abermaligen Preissteigerungen benutzt werden.

Die Eingabe befreit, daß die Landwirtschaft die gegenwärtige Preissteigerung begründen oder mit Recht fordern kann. Die hohen Preise für Butter lassen sich nur erklären aus der ungünstigen Marktlage. Es fehlt an Ölen und Fetten, und dieser Mangel wirkt preis-treibend für Milch und Molkereiprodukte. Ohne eine Preisfestsetzung ist den weiteren Preissteigerungen kein Ziel zu setzen.

### Einschränkung des Fleischverzehr.

Wie die „Köln. Ztg.“ meldet, wird der Bundesrat eine Verordnung erlassen, die nachstehende Bestimmungen enthält:

An zwei Tagen der Woche wird die gewerbsmäßige Verabfolgung von Fleisch und Fleischwaren aller Art sowie aller Speisen, die ganz oder teilweise aus Fleisch hergestellt sind, verboten. Das Verbot erstreckt sich demnach nicht nur auf Gastwirtschaften, sondern auch auf Fleisch- und Wurstgeschäfte, Delikatesshandlungen, Hotels usw. An diesen Tagen dürfen Fleisch, Fleischwaren und Fleischspeisen auch in Schaufenstern öffentlich nicht ausgesetzt werden. An zwei weiteren Tagen in jeder Woche darf in Gast- und Speisewirtschaften mit Fett gebratenes, gefaltetes oder geschmortes Fleisch nicht verabfolgt werden. An einem weiteren Tage (also dem fünften Tage der Woche) ist der Verkauf von Schweinefleisch untersagt. Als „Fleisch“ im Sinne der Verordnung gelten: Rind-, Kalb-, Schaf-, Schweine- und Hühnerfleisch; als „Fleischwaren“: Wurst aller Art und Speck, als „Fette“: Butter und Butterfett, Kunstbutterfett, Rind- und Schweinefett. Polizeibehörden und Sachverständigenkommissionen erhalten, wie bei ähnlichen früheren Verordnungen, weitgehende Rechte, in die Verkaufs- und Herstellungsräume einzudringen, Kontrollen auszuüben usw. Für Uebertretungen sind hohe Strafen vorgesehen.

Zweck dieser Verordnung soll sein, durch Einschränkung des Fleischverzehr einen Preisdruck auszuüben. Heute liegen ja die Dinge so, daß der Fleischgenuß ein Vorrecht der bemittelten Stände geworden ist. Das ist ein unhaltbarer, für die Volksgesundheit äußerst bedenklicher Zustand, gegen den längst hätte eingeschritten werden müssen.

Wie die „Köln. Ztg.“ weiter mitteilt, steht auch eine Preisregelung für Fleisch, speziell für Schweinefleisch, bevor. Auch die Erörterungen über die Milchfrage seien so weit gediehen, daß die Preis- und Verkaufsregelung in kürzester Frist zu erwarten steht. Endlich wird im Reichsamt des Innern auch die Preisregelung für andere Nahrungsmittel erwogen.

**Unversöhnlich.**

Auf Grund der Kriegserfahrungen hat sich in der Beurteilung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen ein merkwürdiger Umschwung vollzogen. Bis in die höchsten Regierungskreise hinein, hier und da selbst im Unternehmerlager, hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die Gewerkschaften nicht schädlich, sondern nützlich für Staat und Gesellschaft wirken. Nur in den tonangebenden Kreisen der Unternehmerorganisationen ist von einem „Umlernen“ leider nichts zu spüren. Nach wie vor lehnt man es schroff ab, die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Letztlich brachte die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 36, 1915) einen Artikel zur Arbeitsnachweisfrage, worin mit zynischer Offenheit gesagt wird: „Mit Entschiedenheit aber muß es die Arbeitgebererschaft abweisen, in allen diesen Fragen je mit Gewerkschaftsvertretern, denn das sind ganz im Gegensatz zu den Arbeitern die eigentlichen Repräsentanten der Sozialdemokratie, und sie leben meist nur von der Agitation und dem Gelde, das sie den Arbeitern aus den Taschen ziehen, gemeinschaftlich zu tagen, selbst wenn manche Regierungsbehörden die Hinzuziehung solcher Leute aus

Unkenntnis des Milieus und der vielen Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe einleiten sollten.“

Daß der abgenutzte häßliche Vortwurf, die Arbeiterführer lebten von dem Gelde, das sie den Arbeitern aus der Tasche zögen, in dieser Kampfansage an die Gewerkschaften erneuert wird, zeigt die unverminderte Abneigung der scharfmacherischen Großindustriellen gegen die Organisationen der Arbeiter. Aber auch sonst scheinen diese Unternehmer genau die Alten bleiben zu wollen. In einer andern Nummer der Arbeitgeber-Zeitung (40, 1915) wird der von Sozialpolitikern und Arbeitern vertretene Grundsatz bezüglich der Frauenarbeit: „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn“ damit abgetan, daß dort, wo ungleiche Löhne anzutreffen wären, „nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zuviel erhält“. Diese Auslegung ist eine glatte Bestätigung der Ansicht, daß die Unternehmer die billigere Frauenarbeit als Mittel zum Lohndruck benutzen wollen. Wer will es den Arbeitern und Arbeiterinnen verwehren, wenn sie sich gegen dergleichen Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehre setzen.

**Aus unserer Industrie.**

**Der Arbeitsmarkt im rheinischen Textilgewerbe.**

Der Bericht des Rheinischen Arbeitsnachweisverbandes über die Arbeitsmarktlage im Monat September, läßt sich über die Verhältnisse im rheinischen Textilgewerbe wie folgt aus:

Die allmählichen Betriebseinschränkungen in der Baumwoll-Industrie verarbeitenden Industrie nahmen ihren Fortgang. Soweit die Leute bereit waren, nach auswärtige Stellen anzunehmen, konnten sie bisher durchweg zu guten Löhnen untergebracht werden. Für die in der nächsten Zeit weiter zu erwartenden Entlassungen liegen schon ausreichende Bedarfsanmeldungen für männliche Arbeitskräfte vor. In Gegenden mit gemischter Industrie wird ein Teil der Arbeiter an 1 bis 2 Tagen der Woche mit anderen (ungerichteten) Arbeiten beschäftigt. In den Hauptmittelpunkten der Baumwollindustrie hat die Zahl der Arbeitsuchenden, die meist nicht nach auswärtig gehen wollen, zugenommen. Die Seidenfabriken waren gut beschäftigt, während die Lage der Samtindustrie sich etwas ungünstiger gestaltet hat.

Auf dem weiblichen allgemeinen Arbeitsmarkt hat sich das Angebot an Arbeitskräften gegenüber dem Vormonat von 139 Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen auf 147 Arbeitsuchende erhöht. Die Zunahme der Arbeitsuchenden ist zum großen Teil auf die Entlassungen in der Textilindustrie zurückzuführen.

**Aus der M.-Gladbacher Baumwollindustrie.**

Im Handelsteil der „Köln. Ztg.“ war nachstehender Bericht über die Verhältnisse im M.-Gladbacher Baumwollgewerbe zu finden:

„Es läßt sich selbstverständlich nicht in Worte fassen, daß die Unterbindung der Baumwollzufuhr einen ungün-

stigen Einfluß auf das Baumwollgewerbe in allen seinen vielen Zweigen ausübt, und daß es nicht erst der behördlichen Maßnahmen bedürft hätte, um eine Verminderung der Erzeugung herbeizuführen. Mit dieser Tatsache muß ebenso wie mit manchen andern unliebsamen Folgeerscheinungen des Krieges eben gerechnet werden, und es wird damit gerechnet. Das beweist zunächst der Umstand, daß man sich allenthalben bemüht und mit Erfolg bemüht, durch Verarbeitung aller nur erdenklichen Ersatzstoffe die Betriebe möglichst lange zu beschäftigen. Das beweist weiterhin die Tatsache, daß es bisher gelungen ist, dem weitaus größten Teil der Arbeiterschaft, die durch die nicht zu umgehenden Betriebseinschränkungen verfügbar wurde, durch Beschäftigung in andern Erwerbszweigen Verdienst zu verschaffen. Es zeigt sich aber auch, wie gut gerüstet nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer sind für die hoffentlich nur verhältnismäßig kurze Zeit, die uns noch von der Wiedereintritt regelmäßiger Verhältnisse trennt: Die Zeichnungen in M.-Glabbacher und Mhehdt haben für die dritte Kriegsanleihe ein Ergebnis von rund 46 Millionen Mark geliefert, gegen rund 38 Millionen Mark für die beiden ersten Kriegsanleihen zusammen. Das mag vielleicht in der Hauptsache die Arbeitgeber betreffen. Daß aber, wie jüngst bekannt wurde, bei der M.-Glabbacher städtischen Sparkasse die Einlagen seit Kriegsausbruch um rund 5 Millionen Mark größer sind als die Rückzahlungen und daß in diesem Zeitraum rund 7000 neue Sparer hinzugekommen sind, läßt wohl mit Recht auf verstärkte Rücklagen der Arbeitnehmer schließen. Man wird also durchhalten können. Die Lage der einzelnen Zweige unserer Baumwollindustrie ist nicht gleichmäßig. Was die Baumwollspinnereien angeht, so scheint die Heeresverwaltung, deren Bestellungen auf Baumwollstoffe allein es vermögen, Garnlieferungen freizumachen, noch für längere Zeit über ausreichende Bestände zu verfügen und vergibt nur verhältnismäßig geringfügige Aufträge; insolgedessen schrumpfen Geschäft und Herstellung allmählich immer mehr zusammen. Wesentlich günstiger haben sich die Verhältnisse in den Fancygarn-, Finitagarn- und 3 weizylinder-Spinnereien entwickelt. Diese Betriebe verarbeiten heute nahezu sämtlich die verwendungsfreien Abfälle verschiedenster Art, und da besonders in letzter Zeit nach den hieraus hergestellten Abfallgarnen eine ungemein starke Nachfrage eingeleitet hat, so erfreuen sich so ziemlich alle Unternehmungen einer außerordentlich lebhaften Beschäftigung und haben alle Hände voll zu tun, um den eingegangenen Lieferungsverpflichtungen entsprechen zu können. Diese große Nachfrage hat die Rohstoffpreise und dadurch auch die Garnpreise auf eine vorher nie gekannte Höhe getrieben. Doch werden diese Preise von den Verbrauchern notgedrungen bewilligt. In den Webereien beginnt sich langsam Knappheit an Kettgarn einzustellen, da sich diese Gespinnstorten nicht so leicht aus Ersatzrohstoffen herstellen lassen. Soweit die Betriebe über Heeresaufträge verfügen, läßt sich diese Frage ja leicht lösen, weil dann die betreffenden Garnmengen freigegeben werden. Es liegen ja nur auch noch solche Bestellungen vor, namentlich auf Stoffe für Futter und Unterzeug, doch erreichen sie keinen besonderen Umfang. Recht gute Beschäftigung verzeichnen jene Betriebe, die

**Der unbestellte Brief.**

Peter Bauer.

Mein Brief an Dich ward mir zurückgelandt,  
Durchstrichen war die Aufschrift und darüber stand  
So hart und weh und blutbestäubt dies Wörtchen nur:  
Gefallen!  
Als trachte eine angelehnte Tür ins Schloß,  
Hinhallend durch den breitgestreuten Flur —  
So traf's mich.  
Du langer Jahre treuer Weggenos,  
Du Bestre, Liebster — tot!  
Und glaubten doch: von gleichen Zielen, gleichen Sternen  
Gemeinsam Glück und Zukunft uns zu schmieden. Überloht  
Nun standest Du am Weg schon frühen Frieden. —  
Betrete ich jetzt mein Zimmer, wo Dein Bild mir unter vielen  
Das liebste ist, liegt's wie ein Leuchten auf den Dielen,  
Und flutet heimlich rings von allen Wänden,  
Als ob sie schüttelten mit Sonnenhänden:  
Sie wollen ihre Freude sagen,  
Daß sie das Bildnis eines Helden tragen.

**Seekriegsrecht.**

Die Unverletzlichkeit des Privateigentums auch im Kriegsfall wurde um die Mitte des 19. Jahrhunderts von den zivilisierten Nationen grundsätzlich anerkannt. Durch Beseitigung des jahrhundertalten Beute- und Plünderungsrechts sollten die Schrecken des Landkrieges gemildert werden. Im Kriege 1870/71 wurde vom obersten deutschen Heerführer, im Hinblick auf den erwähnten Grundsatz, folgende Erklärung abgegeben: „Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den französischen Bürgern. Diese werden deshalb fortzuführen, die Sicherheit für ihre Person und ihre Güter zu genießen, so lange sie nicht selbst durch feindliche Unternehmungen gegen die deutschen Truppen ihr Recht nehmen, ihnen Meinen Schutz zu gewähren.“ Leben und Eigentum der Zivilbevölkerung blieben denn auch gesichert, soweit das im Kriege überhaupt möglich ist. Deutscherseits wird es im jetzigen Weltkrieg ebenso gehalten.

Anders verhält es sich beim Seekrieg. Hier gilt nicht der humane Grundsatz von der Unverletzlichkeit des Lebens und Eigentums. Auf dem Pariser Kongress 1856 einigten sich zwar die Großmächte auf Abschaffung der Kaperei, sowohl der wilden wie der staatlich genehmigten. Die Wegnahme von Handelsschiffen durch Kriegsschiffe blieb erlaubt. England erhob damals schon Widerspruch gegen eine Beschränkung des Meeresrechts zur See, weil es in der Wilderung des Seekriegsrechts eine Gefahr für seine Seeherrschaft erblickte.

Nach der Pariser Seerechtsdeklaration ist die Wegnahme feindlicher Handelsschiffe und deren Ladung bedingt erlaubt. Handelsschiffe und deren Ladung, die unter der Flagge eines nicht in den Krieg verwickelten neutralen Landes jegein, jollen unbeeinträchtigt bleiben. Die Ladung, sofern sie nicht eine Kriegshilfe für den Feind bedeutet, soll dem Meeresrecht nicht unterworfen sein; neutrales Gut soll freigegeben werden. Doch auch das Schiff und Gut eines neutralen Staates, oder eines Angehörigen desselben, kann weggenommen werden, wenn es dem Feinde dient. Die Wegnahme von Kriegsmitteln, Konterbande, ist eine völkerrechtlich zulässige Handlung der Selbsthilfe.

Ueber Begriff und Behandlung der Konterbande gehen die Ansichten weit auseinander; zu einer völkerrechtlichen Umschreibung ihres Kreises kam es bisher nicht. Wie schon in früheren Kriegen, so verfährt England auch im jetzigen Kriege ganz brutal, es mißachtet die völkerrechtlichen Bestimmungen über den Seekrieg völlig. So ziemlich alle Waren und Produkte, die Deutschland zugeführt werden, wurden von der englischen Regierung als Konterbande erklärt. Zudem hat es mit seiner großen Flotte und durch Minen die Nordsee gesperrt und es auch der neutralen Schifffahrt unmöglich gemacht, sich zu betätigen. Die allerdings mit geringem Nachdruck dagegen eingelegten Proteste der Neutralen blieben unberücksichtigt. Die Folge der Unfreiheit zur See ist, wie in einer Versammlung amerikanischer Arbeiter in New-York kürzlich betont worden ist, eine Störung des Handels und der Gewerbetätigkeit auch in den neutralen Ländern; in New-York allein gibt es 400000 Arbeitslose, trotz der blühenden Waffenindustrie, deren Produkte die Engländer gerne annehmen und auch zur See passieren lassen, natürlich nicht Waffen für die Zentralmächte und für die Türkei.

Bei diesem Stand der Dinge war Deutschland selbstverständlich gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und der englischen Seeblockade mit größter Schärfe entgegen-

zutreten. Der Preis für Konterbande wurde weiter gezogen. Nach der deutschen Preisordnung vom 30. September 1909 sind als absolute Kriegskonterbande anzusehen: Waffen, Geschütze und Geschosse jeder Art, Kriegsschiffe und Kriegsfahrzeuge jeder Art, militärische Kleidungs- und Ausrüstungsstücke, Geschütz und für den Krieg benutzbare Reitt- und Lasttiere, sowie alle Gegenstände und Stoffe, die inzwischen als absolute Konterbande erklärt wurden. Unter den Begriff: „relative“ Konterbande fallen Gegenstände und Stoffe, die sowohl für kriegerische wie für friedliche Zwecke verwendbar sind. Dazu gehören Lebensmittel, Viehfutter, Kleidung und Schuhwerk, Gold und Silber, Eisenbahnmateriale, Luftschiffe und Flugmaschinen, Feuerungsmateriale und Schmierstoffe, Hufeisen und Schmiedewerkzeug, Fernrohre, nautische Instrumente aller Art usw. Als Kriegskonterbande werden unter anderem nicht angesehen: Gegenstände und Stoffe, die ausschließlich zur Pflege der Kranken und Verwundeten dienen.

Die absolute Konterbande unterliegen der Beschlagnahme bezw. Einziehung, wenn sie für die feindliche Streitmacht bestimmt sind; ebenso die relative Konterbande, außer sie könnte tatsächlich nicht für den derzeitigen Krieg benutzt werden. Gold und Silber ist stets als für den Krieg verwendbar anzusehen. Beschränkt ein Schiff Gegenstände die als Konterbande anzusehen sind, so kann es aufgebracht werden. Schiffe, die selbst Konterbande sind, unterliegen der Einziehung und können zerstört werden.

Die deutschen Kreuzer und Unterseeboote sind eifrig an der Arbeit, diese Bestimmungen der Preisordnung zu erfüllen und die Zufuhr in die uns feindlichen Länder zu stören. Speziell in England sind infolgedessen die Lebensmittelpreise ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Die englische Handelsbilanz hat sich, im Verhältnis zum Vorjahre, in den ersten drei Monaten 1915 um nicht weniger wie 1200 Mill. M. verschlechtert. Das seemächtige England bekommt so die deutsche Faust zu spüren, und muß erfahren, daß eine neue Epoche des Seekrieges angebrochen und seine Herrschaft keine unbeschränkte mehr ist. Um vor deutschen Schiffen seine Kriegs- und Handelsflotte zu schützen, greift es nun selbst zum Flaggenbetrug und verjüngt sich weiter gegen das Völkerrecht. Von einer „billigen Handhabung des Rechts“, wie es durch Aufstellung von Regeln zum Schutze des friedlichen Handels in Haag 1907 zwischen den Mächten vereinbart worden ist, ist im jetzigen Seekriege nicht mehr die Rede. S. P.

in der Lage sind, Sandackstoffe und Strohsackstoffe, nach denen jetzt sehr bedeutende Nachfrage besteht, herzustellen. Es haben sich neuerdings ziemlich viele Webereien auf die Erzeugung dieser Stoffe verlegt, und es ist verschiedenen von ihnen gelungen, so umfangreiche Bestellungen zu erhalten, daß für eine größere Anzahl von Webstühlen auf Wochen hinaus ausreichende Arbeit gesichert erscheint. Es besteht ferner begründete Aussicht, daß noch seitens der Heeresverwaltung Aufträge auf mancherlei Waren, die sich für den hiesigen Bezirk eignen, in nächster Zeit zur Vergebung gelangen werden, so daß es möglich sein dürfte, die Betriebseinschränkungen keinen zu großen Umfang annehmen zu lassen.

Ob der Bericht die Verhältnisse der Textilarbeiter nicht zu optimistisch beurteilt? Aus den angeführten Zahlen der städtischen Sparkasse geht nicht hervor, in welchem Umfang Textilarbeiter an den Rücklagen beteiligt sind. Zweifellos rekrutieren sich die neuen Sparer zu einem guten Teil auch aus landwirtschaftlichen und Kleinhandelskreisen. Aus den Ziffern ist darum nicht ohne weiteres zu entnehmen, daß die "Arbeitnehmer für die bereits eingetragene schwere Zeit "gut gerüstet" sind. Gewiß, die Zeiten der Hochkonjunktur mögen auch manchen Textilarbeiterfamilien, speziell solchen wo mehrere Kinder mit verdienen oder die nebenbei etwas Landwirtschaft betreiben, Rücklagen ermöglichen haben. Wir freuen uns dessen. Es ist dies eine Widerlegung der oft vertretenen Ansicht, als ob die Arbeiterklasse gedankenlos in den Tag hinein lebe. Die Masse der Textilarbeiterklasse aber, vor allem der rein städtischen, wird angesichts der hohen Lebensmittelpreise hierzu überhaupt nicht, oder nicht in nennenswertem Maße in der Lage gewesen sein.

### Aus dem Verbandsgebiete. Bekanntmachung.

Die Ortsgruppenvorstände werden dringend gebeten, bei der Anmeldung im Felde gefallener Kollegen stets die Mitteilung des Truppenteils über den Tod des Kollegen beizufügen. Das Sterbegeld kann nur dann angewiesen werden, wenn diese Mitteilung der Anmeldung beigelegt ist.

Das betr. Schriftstück wird den Angehörigen mit der Anweisung wieder zurückgeschickt.

Die Zentralstelle.

### Aus unseren Bezirken.

#### Bezirkskonferenz des dritten Verbandsbezirks Nachen.

Einen außerordentlich zahlreichen Besuch wies unsere am 3. Oktober zu Nachen stattgefundene Bezirkskonferenz auf, ein Beweis, daß auch in der schweren Kriegszeit das Interesse der Kollegen und Kolleginnen für ihre Organisation rege geblieben ist. Nachdem der Bezirksleiter, Kollege Weber, alle Anwesenden, besonders auch unserer Zentralvorstände, Kollegen Schiffer, begrüßt und den im Berichtsjahre verstorbenen und fürs Vaterland gefallenen Kollegen einen warmen Nachruf gewidmet, erstattete er den Jahresbericht. Aus ihm entnehmen wir:

Infolge des Krieges erwuchsen der Organisation manche neue Aufgaben, welche mit gutem Erfolg für die Mitglieder in Angriff genommen werden konnten. Durch die bei Beginn des Krieges in der Nachener Textilindustrie ausgebrochene Krise war die Arbeitsvermittlung von besonderer Bedeutung. Einer größeren Anzahl Kollegen und Kolleginnen konnte Arbeitsgelegenheit, zum Teil nach auswärtig, vermittelt werden. Eine sehr rege Forderungspraxis der Geschäftsstellen in manchen Fragen, wie Militärangelegenheiten, Familienunterstützung, Kriegswochenhilfe, Hinterbliebenenversorgung, Mietsstreitigkeiten usw. durch die Mitglieder trat ein. In den größeren Orten wurden die Vertreter unseres Verbandes zur sozialen Mitarbeit in den Gemeinden, bei der Arbeitsnachweisreform und der Kriegsbeschädigtenfürsorge herangezogen. Ferner wurden die Bestrebungen der Konsumantenbewegung gegen den Lebensmittelpreisanstieg und zur Erzielung von einigermassen erträglichen Lebensmittelpreisen, tatkräftig unterstützt. Auch hatte unser Verband im Kriegsjahre in zahlreichen Fällen Gelegenheit, bei Differenzen und Lohnstreitigkeiten erfolgreich für die Mitglieder einzutreten zu können. Als nach den Kriegswochen bei Beginn des Krieges die Industrie sich durch Erteilung von Heeresaufträgen wieder schnell erhobte, ja sogar in verschiedenen Betrieben Hochkonjunktur eintrat, stellten sich mancherlei Schwierigkeiten ein. Sie entstanden in Nachen in erster Linie wegen Bezahlung der Ueberstundenarbeit. Es kam schließlich eine Vereinbarung mit dem dortigen Arbeitgeberverbande zustande, wonach für die erste Ueberstunde pro Tag den Weibern 20 Pfg. Extravergütung gezahlt werden sollte. Die gesetzliche Freigabe der Sonntagsarbeit wurde von den Arbeitgebern nicht in Anspruch genommen. Wo in einzelnen Fällen der Versuch gemacht wurde, die Sonntagsarbeit einzuführen, wurde dieselbe bald eingestellt. Nach Vergebung von Heeresaufträgen an die Textilindustrie des Nachener Bezirks machten sich in einer Anzahl von Betrieben Differenzen wegen der Entlohnung bemerkbar. In verschiedenen Lohnkämpfen waren angemessene Abordnungen für Militärdienst nicht vorgegeben, wodurch Meinungsverschiedenheiten entstanden. Im allgemeinen gelang es den Arbeitern mit Hilfe ihrer Organisationen zu ihrem Rechte zu gelangen. Im Frühjahr an die Fabrikanten gestellte Anträge auf Gewährung einer Teuerungszulage waren in Nachen, Eupen und Düren erfolglos. In Euskirchen wurde eine Kriegszulage von 10% bewilligt. Erst seit August bzw. September d. J. haben

eine Anzahl Firmen in Düren ebenfalls eine Teuerungszulage bewilligt.

Die Konjunktur in der Textilindustrie des Nachener Bezirks war im Berichtsjahre sehr unterschiedlich. Während in Euskirchen der Geschäftsgang anhaltend gut war, war derselbe in Nachen, Eupen und Montjoie großen Schwankungen unterworfen. In Düren lagen die Verhältnisse wegen der Verschiedenartigkeit der Industrie etwas günstiger. Ein genaues Bild über die Schwankungen in der Nachener Industrie geben die Mitgliederzahlen der dortigen Allgemeinen Ortskrankenkasse. Vom 1. April 1914 bis 1. August 1914 betrug die Zunahme in der Textilindustrie 1371 Personen. Im August erfolgten 4491 Abmeldungen. Ab 1. September 1914 bis 1. Februar 1915 trat wiederum eine Zunahme von 3464 ein. Von März bis 1. September 1915 sank die Zahl der beschäftigten Textilarbeiter wieder um 4088 Personen. Am 1. März 1914 waren 13412 Versicherte, am 1. September 1915 nur 9868 Versicherte angemeldet. Der Abgang beträgt in diesem Zeitraum 3544 Personen. Durch die zahlreichen Einberufungen zum Heeresdienst tritt bei den männlichen Arbeitern die Arbeitslosigkeit nicht so scharf in Erscheinung. Schlimmer sieht es jedoch bei den Arbeiterinnen aus. Da die Herstellung von Zivilware sehr eingeschränkt ist, haben die Stüpferrinnen, Knoterrinnen und sonstige Arbeiterinnen schwer unter Aussetzungen und auch völliger Arbeitslosigkeit zu leiden. Sollte ein Herstellungsverbot für Zivilware erfolgen, so werden sich die Verhältnisse noch bedeutend verschlimmern, da die Heeresaufträge wohl schwerlich so reichlich sein werden, um einen normalen Geschäftsgang zu gewährleisten. Die Arbeitszeit in der Baumwoll- und Wollindustrie ruht nach den gesetzlichen Vorschriften fast überall an den Samstagen. Einige Firmen arbeiten zeitweise nur vier Tage in der Woche, andere haben wegen Verzögerung der Zufuhr von Rohmaterial den Betrieb 8 bis 14 Tage geschlossen gehalten.

Ueber die Zahl der in andere Berufe übergetretenen Textilarbeiter lassen sich keine genauen Angaben machen. In der Metall- und Munitionsindustrie sind manche von ihnen tätig. Auch in andere Erwerbszweige mögen manche eingetreten sein.

Während der Kriegszeit hat auch der Nachener Bezirk eine Einbuße an Mitgliedern zu verzeichnen. Insgesamt hatten wir am 1. Juli 1915 1733 Mitglieder weniger als am 1. Juli 1914. Es sind 1460 männliche und 273 weibliche Mitglieder ausgeschieden. In diesen Zahlen sind jedoch auch die zum Heeresdienst eingezogenen enthalten. Am 1. Juli standen bereits über 800 Kollegen unseres Bezirks unter den Fahnen. Die Ursachen der Mitgliederabnahmen ergeben sich zum Teil aus den vorstehend geschilderten schwierigen Verhältnissen unserer Industrie.

Die Gesamteinnahmen betragen im Berichtsjahre 45763 M. Den Ortsgruppen verblieben hiervon 2241,09 M. An Unterfügungen an die Mitglieder wurden insgesamt 28297,75 M. ausgezahlt, davon in 17 Auszahlungsperioden an 3952 Kollegen und Kolleginnen, welche mindestens 9 Tage arbeitslos waren, 17999,50 M. an Kriegsnachweiserunterstützung. Der Rest von 17465,88 M. ging an die Zentralstelle.

Kollege Weber betonte am Schlusse seines Berichtes, daß durch den Krieg auch die Arbeiterorganisationen zweifellos Schaden gelitten hätten. Die Ansicht von Schwarzjehern, auch aus unseren eignen Reihen, daß die Organisationen nach kurzer Kriegsdauer zusammenbrechen würden, ist Dank des Opfertums und dem treuen Zusammenhalten der Kollegen und Kolleginnen keineswegs eingetreten. Dieses berechtigt zu freudigen Hoffnungen auch für die fernere Kriegsdauer.

Unser Zentralvorsitzender Kollege Schiffer sprach sodann über die Lage in der deutschen Textilindustrie. Nach einer eingehenden Schilderung der allgemeinen Weltlage und der kampfhaftesten Bemühungen unserer Feinde, insbesondere Englands, der deutschen Textilindustrie die Zufuhr von Rohmaterialien abzuschneiden, betonte er die Pflicht von Reich, Einzelstaat, Gemeinden und Arbeitgebern für die arbeitslos werdenden Textilarbeiter in ausreichendem Maße zu sorgen. Diese dürften nicht nach den Grundsätzen der Armenverwaltung behandelt werden, sondern es müsse für sie als Opfer des Wirtschaftskrieges bei der Regelung der Unterfügungsfrage ein angemessenes Existenzminimum festgelegt werden. Von den vom Reiche vorwiegend für Erwerbslosenunterstützung bereitgestellten 200 Millionen Mark würden nur dann an die Gemeinden Zuschüsse gezahlt werden, wenn diese selbst den guten Willen zeigten, Maßnahmen gegen die kommende Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Nach eingehender Erläuterung der Maßnahmen unseres Verbandes und der Aufgaben der Ortsgruppenleitungen an der Mitarbeit zur Lösung dieser wichtigen Fragen, schloß Kollege Schiffer seinen mit großem Beifall und Verständnis aufgenommenen Vortrag.

In der Diskussion erstattete der Bezirksleiter einen Bericht über die Tätigkeit in dieser Angelegenheit innerhalb des Bezirks. Ueber 600 Eingaben an Behörden, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Arbeitgeberorganisationen, Stadtverordnete und Gemeindevertreter wurden verhandelt. Auch durch persönliche Rücksprache mit maßgebenden Instanzen wurde versucht, die Aktion für die erwerbslos werdenden Textilarbeiter zu fördern. Die Ansprache ergab das vollständige Einvernehmen der Anwesenden mit der Verbandsleitung.

Im Schlußwort forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, Treue zum Verbandsverbande zu bewahren und durch eifrige Pflichterfüllung an der Erhaltung desselben zu arbeiten.

### Berichte aus den Ortsgruppen.

**Spindler.** Einen praktischen Erfolg erzielte die von unserer Ortsgruppe und dem kath. Arbeiterverein am 10. Oktober veranstaltete Versammlung. Es sollte Stellung

genommen werden zu der Frage, wie die Arbeitslosennot der Textilarbeiter erfolgreich bekämpft werden könne. Zahlreich waren die Mitglieder beider Korporationen erschienen. Der Herr Bürgermeister wohnte mit dem Beigeordneten und einer großen Anzahl Gemeinderatsmitglieder der Versammlung bei, desgleichen auch die hochwürdigste Pfarrgeistlichkeit. Unser Bezirksleiter Kollege Müller behandelte in seinem Vortrage die beruflichen Folgen des Krieges für die Textilarbeiter. An Hand der an die Gemeindeverwaltung gerichteten Eingabe, gab er Mittel und Wege an, wie die ganz und teilweise arbeitslosen Textilarbeiter, die Opfer des Wirtschaftskrieges sind, unterstützt werden müßten. Scharf verurteilte Redner auch den Lebensmittelpreisanstieg, der deshalb umso verwerflicher sei, weil in Deutschland die notwendigen Lebensmittel in ausreichendem Maße vorhanden sind und nicht der geringste Grund für die ruherischen Preistreiberien ins Feld geführt werden könne, es sei denn Geldgier und Habgucht.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Dieselben äußerten sich sämtlich im Sinne des Referenten unter Berücksichtigung der Verhältnisse in der Gemeinde. Auch der Herr Bürgermeister nahm zu den Ausführungen des Redners das Wort. Als Oberhaupt einer Gemeinde, die zum großen Teile aus Textilarbeitern bestehe, werde er mit seiner ganzen Kraft an der Lösung des schwierigen Arbeitslosenproblems und an der Fürsorge für die Arbeitslosen sich betätigen. Er teilte den Besammelten mit, welche Maßnahmen er sofort in Angriff nehmen werde. Damit aber sei, so führte er aus, die Frage noch nicht gelöst, dazu bedürfe es, wie in der Eingabe bemerkt wird, der Mitarbeit aller berufenen Faktoren und er empfehle die Bildung eines Arbeitslosenausschusses, dem auch Folge gegeben wurde. Auf Vorschlag des Herrn Bürgermeisters sei derselbe sich unter seinem Vorsteher aus Vertretern der Gemeindeverwaltung, des Gemeinderates, der Arbeiter und der Pfarrgeistlichkeit zusammen.

Während der Verhandlungen über den Kartoffelbezug für die Winderbemittelten erklärte der Herr Bürgermeister, daß die Gemeindeverwaltung dem Vorstände der Gewerkschaft und des Arbeitervereins die notwendige Summe hierfür zur Verfügung stellen werde. Die Versammlung beschloß hierauf, um eine Uebersicht über die aufzuwendenden Mittel zu erhalten, daß diejenigen Gemeindeglieder, die Kartoffeln wünschen, sich in den ersten Tagen bei den Vorständen melden sollen.

Mit Worten des Dankes besonders an den Herrn Bürgermeister und in der Hoffnung, daß es den vereinten Kräften gelingen möge, die Frage der Arbeitslosenfürsorge zur Zufriedenheit aller zu lösen, fand die anregende Versammlung, die, und das sei unterstrichen, auch zu beachtenswerten praktischen Ergebnissen geführt hat, ihren Abschluß.

**Oberforstbach.** "Er war der Besten einer." Eine traurige Nachricht wurde uns am 11. d. Mts. übermittelt; Unser ehemaliger Vorsitzender, Kollege Wilhelm Plum, ist den Selbentod fürs Vaterland gestorben. In dem Kollegen haben wir einen langjährigen, opferfreudigen Vorkämpfer unserer christlichen Gewerkschaftsfrage verloren. Für die örtliche Agitationskommission ist der Verlust nicht minder bedauerlich. Durch sein stilles einfaches Wesen fand er ganz besonders bei der Hausagitation in den meisten Fällen Gehör und waren ihm auch dort Erfolge beschieden, wo öfters schon vergeblich vorgeprochen worden war. Seiner Leitung war es demgemäß denn auch gelungen, unsere Ortsgruppe zu höchster Entfaltung zu bringen, trotz der schwierigsten Verhältnisse womit wir zu kämpfen hatten. Wie sehr ihm auch im Kriege sein Verband am Herzen lag, bewiesen uns die schönen ermunternden Briefe, durch die er uns des öfters beehrte. Ein Verprechen geben wir dem teuern Gefallenen: Noch über das Grab hinaus in seinem Geiste an der Förderung und weiteren Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. Der schwergeprüften Familie zu dem schmerzlichen Verlust unsern innigen Beileid.

### Ehren-Tafel.



#### Es starben den Heldentod fürs Vaterland

- Kaspar Weber aus M.-Gladbach.
- Josef Waldmann aus Spessart.
- Johann Kox aus Viersen.
- Josef Wienands aus Imgenbroich.
- Johann Schröder aus Imgenbroich-Widdau.
- Wilhelm Plum aus Oberforstbach.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.  
Den Familien der Gefallenen unsern innigen Beileid.

### Versammlungskalender.

- Bocholt.** 31. Oktober, von 10 bis 12 Uhr Abrechnung der Beräuerungskassen auf dem Büro.
- Greifath.** 31. Oktober, 5 Uhr, im Lokale Witwe R. Hammes.
- Spindler.** 7. November, 11 Uhr, im Lokale Wm. Hahnen, Generalversammlung.

### Inhaltsverzeichnis.

- Artikel:** Gefahren der Frauennarbeit während des Krieges. — Die Bedeutung der russisch-polnischen Textilindustrie. — **Festsetzung:** Der unbestellte Brief. — Seekriegsrecht. — **Allgemeine Rundschau:** Das Jahrbuch 1916. — Ein Fehlschlag? Unser wichtiges Nahrungsmittel Butter und Milch. — Einschränkung des Fleischverzehr. — Unverjählich. — **Aus unserer Industrie:** Der Arbeitsmarkt im rheinischen Textilgewerbe. — Aus der M.-Gladbacher Baumwollindustrie. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Bekanntmachung. — Aus unseren Bezirken: Bezirkskonferenz des dritten Verbandsbezirks Nachen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Spindler. — Oberforstbach. — Ehrentafel. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: F. B. Franz Fischer, Düsseldorf, Rontordiastraße Nr. 7.